
FORUM: Programmdiskussion

Thomas Blanke/Dietrich Lange/ Ulrich Mückenberger/Hinrich Oetjen: Perspektive in gefährlichen Zeiten

Prof. Dr. Thomas Blanke, geb. 1944 in Zwickau, lehrt Arbeitsrecht an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg.

Dietrich Lange, geb. 1944 in Berlinchen/Neumark, lehrt Sozialpädagogik und -politik an der Evangelischen Fachhochschule für Sozialwesen Reutlingen.

Prof. Dr. Ulrich Mückenberger, geb. 1944 in Schönheide/Erzgebirge, lehrt Arbeitsrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg.

Hinrich Oetjen, geb. 1934 in Leeste/Bremen, gelernter Werkzeugmacher, war bis 1995 Leiter des DGB-Bildungszentrums Hattingen.

Die Autoren sind Mitglieder des Hattinger Kreises.

Warum ein Programm? Jede Organisation braucht ein Programm. Um zu sagen, wer man ist, was man tut, was man will. Programme sind Selbstdarstellungen. Aber nicht als Selbstzweck. Mit Programmen geht man auf den Markt, um für sich zu werben. Programme sind Markt- und Markenartikel. Sie müssen greifbar und verständlich sein und sich von den Programmen anderer unterscheiden. Programme dienen der Selbst- und Fremdidentifizierung. Programme sind weder bloße Vorhaben noch einfache Versprechungen. Das sind sie auch. Vor allem konstituieren sie eine Gemeinschaft - oder versuchen dies zumindest. Deshalb propagieren sie Werte, die das Wesen der Gemeinschaft ausmachen und gemeinsam geteilt werden (sollen).

Die Notwendigkeit eines Programms steigt mit der Unwahrscheinlichkeit gemeinsam geteilter Werte. Eine Familie, ein Freundeskreis, Nachbarschaft und Gemeinde brauchen kein Programm und haben auch keines -jedenfalls kein schriftlich fixiertes. Sie „leben“ die Werthaltungen, und wer sie nicht länger teilt, verläßt die Gemeinschaft oder fällt aus ihr heraus. Der DGB, solange es ihn denn gibt und geben soll, braucht hingegen ein Programm. Gewerkschaften organisieren Marktteilnehmer (und solche, die es waren oder werden wollen). Sie zählen zu den „unwahrscheinlichen“ Gemeinschaften, die erst konstituiert sein wollen. Sie sind freiwillige Zusammenschlüsse. Auch wenn sich, ökonomietheoretisch gesehen, die „objektive“ Notwendigkeit der Arbeitskräfte zur Kartellbildung in Form von Gewerkschaften begründen läßt, so wäre es doch unsinnig, daraus auf einen gleichsam systemisch garantierten Bestandsschutz der bestehenden Gewerkschaften zu schließen.

Je höher die Beiträge und Opfer, die von den Mitgliedern verlangt werden, desto unwahrscheinlicher ist das Zustandekommen und der Zusammenhalt von Organisationen. Proportional zur Höhe der Zumutungen an die Adresse der Mitgliedschaft steigen die Anforderungen an die Mobilisierung moralischer Motive. Je größer die Lasten, desto verbindlicher und anspruchsvoller sind die moralischen Normen und Werte, die die Gemeinschaft zusammenhalten. Rigide Solidarnormen stützen die Stabilität der Gemeinschaft, allerdings um den Preis hoher Eintrittsbarrieren. Mit den moralischen Preisen steigt die Selektivität der Gemeinschaft. Viele sind berufen,

wenige aber auserwählt. Massenorganisationen wie die Gewerkschaften können (und dürfen!) sich ihre Mitglieder nicht aussuchen. Sie müssen die aufnehmen, die kommen.

Um überhaupt eine Organisation zu bilden, müssen sie ein Programm haben. Dabei muß "man freilich wissen: Die Programmdebatte ist in demokratischen Organisationen wichtiger als das Programm selbst. Programme werden selten gelesen, außer von denen, die sie machen. Dann rütteln sie, jedenfalls bei den Engagierten, Identitäts- und Identifikationsprobleme wach. Es geht um symbolische Grenzziehungen: Wo stehen wir, was wollen wir, welche Rechte und Mächte kämpfen mit uns, wer sind die Gegner, wer die Feinde? Einmal beschlossen, interessieren Programme allenfalls die Hüter der Organisationsidentität, Sozialwissenschaftler und Historiker. Das war der Grund dafür, daß der Hattinger Kreis in seiner früheren Veröffentlichung zur Programmdebatte mit dem Titel „Diskurs statt Programm" Nachdruck darauf legte, daß im DGB weniger eine Programmrevision anstehe als vielmehr eine Reform der Organisationskultur und Praxis.

Was sind nun die Erwartungen, die an ein gewerkschaftliches Programm zu stellen sind? Erstens: Es muß identifizierbar sein, Differenzen markieren und Anknüpfungspunkte für Identifikation bieten. Zweitens: Es muß werbend, also attraktiv sein. Und drittens: Es darf keine zu hohen moralischen Ansprüche und Anforderungen an die Mitglieder stellen. Ansonsten ist der Inhalt - markttechnisch und sozialpsychologisch gesehen - relativ beliebig. Die Analyse von Ökonomie und Gesellschaft mag richtig oder falsch sein - ein Programm ist keine wissenschaftliche Abhandlung. Die Notwendigkeit der eigenen Existenz mag korrekt „abgeleitet" oder nur schlicht behauptet sein, wichtig ist, daß die Adressaten Sinn und Nutzen der Mitgliedschaft einsehen und dieser Einsicht entsprechend handeln. Programme sollen weniger aufklären als zum Handeln auffordern: nämlich zum Eintritt in die Organisation. Darüber hinaus sollen sie diejenigen, die schon „drin" sind, darin bestärken, dabei zu bleiben und im Sinne der Organisation zu handeln.

Ändern sich die Bedingungen, unter denen Organisationen agieren, so müssen sie sich entsprechend umstellen und neu ausrichten. Die relevanten Veränderungen in der „Umwelt" der Organisation können subjektiver oder objektiver Natur sein: Märkte wandeln sich ebenso wie Erwartungen, Einstellungen, Präferenzen und Werthaltungen. Je gravierender diese Veränderungen, desto stärker wird der Anpassungsdruck für die Organisation. Erforderlich werden neue operative und strategische Ausrichtungen, begleitet und unterstützt durch „Reeengineering", organisationsinterne Umstrukturierungen. Nur wer sich wandelt, bleibt wie (und was) er ist: Dieser Gemeinplatz gilt, wie die deutschen Gewerkschaften in den vergangenen Jahren bitter erfahren mußten, auch für sie.

Es nutzt dem DGB daher wenig, wenn er bereits ein Programm besitzt, dies aber im Blick auf die Adressaten, Außenstehende wie Mitglieder, und angesichts veränderter Problemlagen veraltet ist. Die Crux, aber auch die Kunst eines neuen Programms besteht nun darin, den gewandelten Verhältnissen, Erwartungen und Einstellungen Rechnung zu tragen, ohne die vorhandenen Mitglieder zu verprellen. Bei programmatischen Identitätsveränderungen werden freilich Enttäuschungen nie ganz ausbleiben. Denn die Mitgliedschaft ist, zumal in Massenorganisationen, ein bunt-scheckiges Gebilde. Das Spektrum reicht von hauptamtlichen Funktionsträgern auf den verschiedensten Ebenen der Hierarchie und der Gliederungen (einschließlich der Arbeitnehmer in den gewerkschaftseigenen Unternehmen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen) bis hin zu betrieblichen Repräsentanten und den „einfachen" Mitgliedern. Es umfaßt Aktivisten und das Heer der eher passiven Mitglieder, Theoretiker sowie Pragmatiker unterschiedlicher politischer Couleur quer durch alle Altersgruppen, Geschlechter, Religionen, Kulturen und Ethnien.

Der DGB ist als gewerkschaftlicher Dachverband ohne individuelle Mitgliedschaft einerseits in einer einfacheren, andererseits in einer schwierigeren Lage. Einfacher insofern, als seine programmatische Willensbildung weitgehend durch die Einzelgewerkschaften vorgebildet wird: Nur was diesen Filter passiert, ist überhaupt programmfähig. Die Einzelgewerkschaften als Mitglieder des DGB - und ihrerseits zugleich als Großorganisationen von vielen Millionen von Einzelmitgliedern aller Berufszweige — sind es, die sich in diesem „Metaprogramm“ wiederfinden müssen und ihm sein Gepräge geben. Das kann, wie könnte es anders sein, nur durch Generalisierungen und Abstraktionen geschehen. Das ist nicht gleichbedeutend, muß es zumindest nicht sein, mit Verflachung, Verwässerung und dem Rückzug auf einen Minimalkonsens. Aber genau in diesem Verdacht besteht die Schwierigkeit der Formulierung eines Rahmen- oder „Metaprogramms“: Wer vielen etwas gibt, gibt allen wenig. Kein Programm kann es allen recht machen.

Dieser Gemeinplatz ist gemünzt auf ein kulturelles Angebot angesichts der Vielfältigkeit einfältiger Geschmäcker. Er unterstellt, daß jeder nur das Seine will und die auszuteilenden Güter ihrer Menge nach begrenzt sind. Das ist bei moralischen Prinzipien und Werten, die die Identität einer Organisation (wie „kontrafaktisch“ auch immer !) darstellen, indes nicht der Fall. Ihre „Verteilung“ ist kern Nullsummen-Spiel, bei dem hier genommen werden muß, was dort gegeben wird. Moralische Prinzipien, „Werte“ sind generalisierbar, ohne daß sie dadurch an Gehalt oder Substanz einbüßen. Im Gegenteil: Sie gewinnen ihre Bestimmtheit um so mehr, je mehr sie verallgemeinerungsfähig sind und verallgemeinert werden. So kommt etwa der universalistische Gehalt der Menschenrechte erst dort angemessen zum Ausdruck, wo sie auch ihrer Form nach allgemein formuliert sind und Geltung beanspruchen.

Nun sind Gewerkschaften und ihr Dachverband DGB weder eine Art UNO noch eine Menschenrechtsorganisation. Die Prinzipien, für die sie eintreten, sind Partialinteressen, wenngleich die eines beachtlichen Teils der Bevölkerung. Anders als viele Theoretiker und speziell die Kritiker des Programmentwurfs des DGB meinen, „haben“ die Gewerkschaften nicht etwa kraft allwissender Wissenschaft, kraft Tradition oder Mission bestimmte unveränderliche moralische Postulate und Prinzipien zu vertreten. Was sie mit allen Organisationen und Institutionen gemein haben, ist zunächst das ganz profane Interesse an Bestandserhaltung. Das ist, wie die Erfahrung (nicht nur in Deutschland) zeigt, schon schwierig genug. Um diese Herausforderung zu bestehen, müssen sie das Ohr am Puls der Zeit haben: Wissen, was sich tut, was ihre Adressaten wollen und realistisch einschätzen, was sich machen läßt.

Programmentwurf und Erneuerungsdiskurs

Auf dem Hintergrund dessen, was sich machen läßt, ist der vorliegende Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms von 1996 einem dritten gewerkschaftlichen Zukunftsdiskurs der jüngeren Vergangenheit zuzuordnen: demjenigen, der mit prinzipiellen Systemalternativen auf absehbare Zeit nicht rechnen kann und (deshalb) auf eine „Zivilisierung“ des sich globalisierenden Kapitalismus setzt. Demgegenüber hatte noch der Zukunftsdiskurs der Reformphase der sozialliberalen Koalition vor dem Hintergrund möglicher Systemalternativen Kapitalismus/Sozialismus Postulate erhoben. Der Diskurs vor 1989 war hingegen geprägt von einer Konkurrenz von Politikmodellen und Gerechtigkeitsvorstellungen: „alte“ soziale Frage und Kampf gegen Ausbeutung einerseits; „neue“ soziale Frage, neue soziale Bewegungen und postindustrielle Utopien mit neuartigen gewerkschaftlichen Politikbereichen, wie Ökologie, Geschlechterverhältnis und kollektive Güter. Nach 1989 ist zwar nicht der Klassegegensatz beseitigt, aber Perspektiven, seine Beseitigung ins Zentrum praktischer Politik zu stellen, werden ernsthaft nicht mehr vertreten.

Vor diesem Hintergrund erklären sich Eckpunkte des Programmentwurfs:

- a) Perspektiven gewerkschaftlicher Politik und sozialer Gerechtigkeit werden vor dem Hintergrund eines alternativlos gewordenen Weltkapitalismus formuliert. „Demokratie, Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz“ (S. 2) bleiben Eckpunkte der Programmatik.¹ Sie werden jedoch nicht mehr zentral an der Achse Kapital/Arbeit festgemacht, sondern auf alle gesellschaftlichen Bereiche bezogen - auch auf die Beziehung der Beschäftigten und Arbeitslosen untereinander.
- b) In der bisherigen gewerkschaftlichen Rhetorik spielten Systemalternativen (wie Sozialismus) immer noch eine Rolle - wenngleich sie praktisch kaum von Relevanz waren. Die Sozialismusrhetorik wird im Programmentwurf aufgegeben. Als alternativlos hingenommen wird die Marktwirtschaft (S. 18) - einschließlich ihrer Modernisierungsbedarfe (S. 18) -, aber auch ihrer Standortsicherungsbedarfe (insoweit unkritisch S. 14). Der so umrissenen Marktwirtschaft wird aber eine grundlegende „sozial-ökologische Reform“ abverlangt (S. 14), die sie zu einer „sozialen“ (S. 18) machen soll. Diese Zivilisierung zu einer sozialen Marktwirtschaft verwendet zwar den Müller-Armarckschen Begriff, impliziert dabei jedoch ein viel radikaleres politisch gestaltendes Reformverständnis als der Ordoliberalismus.
- c) Die sozial-ökologische Reform will dem Kapital gegenüber erhebliche Konzessionen durchsetzen. Die Rede ist von einer neuen „Vollbeschäftigung“, die allerdings (das bleibt im Text undeutlich) von der Idee einer Arbeitsneuverteilung bis hin zum traditionellen Vollbeschäftigungsmodell reicht. Eingefordert werden umfassende Modelle von Partizipation, beruflicher und allgemeiner Qualifizierung und persönlicher Entfaltung Beschäftigter. Schließlich ist wieder die Rede von Beteiligung am Produktiwermögen.

Radikalisiert werden im Entwurf Programmatiken und Gerechtigkeitsfragen, die sich unabhängig von der Klassenfrage - also auch im Verhältnis Beschäftigter und Beschäftigungsloser untereinander - stellen. Um dies kurz aufzulisten:

Ganz klar wird als Ausgangspunkt moderner gewerkschaftlicher Politik die gesellschaftliche Entwicklung zu Individualisierung, Pluralisierung, Differenz und Vielfalt formuliert (S. 10, 21, 22, 32). Diese Entwicklung wird auch nicht (mehr) als „Übel“ oder als „geringeres Übel“ hingenommen, sondern begrüßt und als der gesellschaftlichen Gestaltung zugänglich und bedürftig erklärt. Eine sehr klare Zuspitzung enthält der Programmentwurf auch zur Geschlechterfrage. Die Unzulänglichkeit bisheriger, auch gewerkschaftlicher, Geschlechterpolitik wird vorbehaltlos eingeräumt und daraus wird wiederum eine Konkretion von Forderungen (z. B. Förderplänen und Quoten) hergeleitet (S. 8,24,25, besonders 26). Damit geht einher die Ausweitung des Arbeitsbegriffes auf auch außermärkliche, gesellschaftlich nützliche Tätigkeiten (S. 7). Allerdings bleibt dieser Punkt blaß. Wiederum konkreter durchgeführt wird dagegen der Gedanke der ökologischen Reform (S. 12,15/16).

Die Forderung nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung wird im Programmentwurf herausgestellt. Diese Haltung ist aber in doppelter Hinsicht in dem Entwurf zweischneidig. Schon der Rekurs auf das Argument der Standortsicherung (S. 14) steht zu einer weltweiten Solidarität in einem Spannungsverhältnis. Aber auch die Forderung nach globalen Umwelt-, Sozial- und Lohnstandards (S. 19) kann eher in einem protektionistischen als in einem weltweit solidarischen Sinne verstanden werden.

Dagegen stellt der Entwurf deutlich heraus, daß Solidarität nicht mehr in der klassischen mechanischen Weise (Durkheim) verstanden werden kann, sondern auf der

¹ Die Seitenverweise im Text beziehen sich auf den vom DGB-Bundesvorstand herausgegebenen Entwurf zu einem neuen Grundsatzprogramm des DGB.

Grundlage von Vielfalt und Differenz neu gedacht werden muß. „Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, auf die man aufgrund gleicher Lebenslagen, gleicher sozialer Herkunft und gleicher kultureller Bindungen bauen kann. Solidarität ist stärker als früher Ergebnis von Einsicht, die geweckt und gestärkt werden muß“ (S. 5). Auch der Sozialstaatsbegriff und das darin enthaltene Solidaritätsverständnis werden auf der Grundlage von Individualisierung und Differenz neu formuliert. Entgegen der neoklassischen These der Antinomie von Freiheit und Sicherheit erscheinen Solidarität und kollektiver Schutz gerade als Voraussetzung für eine gelingende Individualisierung (S. 22).

Interessant ist darüber hinaus, daß auch Anforderungen an eine dem neuen Solidaritätsmuster entsprechende gewerkschaftliche Organisationsreform formuliert werden (S. 32). „Öffnung“ der gewerkschaftlichen Organisation gegenüber neuen Arbeitnehmergruppen, die Forderung nach neuen transparenteren und beteiligungsorientierteren gewerkschaftlichen Politikformen sind Merkmale der Vorschläge. Es fehlt allerdings jegliche Konkretisierung der Rolle des DGB im Verhältnis zu derjenigen der Einzelgewerkschaften und somit auch jegliche Bezugnahme auf den derzeit tatsächlich stattfindenden Prozeß der Organisationsreform.

Verklammert werden die Anforderungen an Kapital und Staat mit denjenigen an die Solidarität der Beschäftigten untereinander in folgendem Bedingungssatz: „Zur Umsetzung unserer sozial-ökologischen Reform müssen alle entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit beitragen. Die Gewerkschaften fordern daher einen angemessenen Beitrag der Menschen mit großen Einkommen und der Besitzer von großen Vermögen. Nur in diesem Fall - und wenn schrittweise mehr Lebensqualität und gesellschaftliche Dienstleistung an die Stelle individueller Ausgaben treten - halten wir auch einen finanziellen Beitrag von Durchschnittsverdienerinnen und -Verdienern für die sozial-ökologische Reform für vertretbar.“ (S. 16) In diesem Passus ist zwar die prinzipielle Bereitschaft zu Umverteilungsprozessen hinsichtlich Arbeit und Einkommen innerhalb der Beschäftigten impliziert. Aber dies wird geknüpft an die Bedingungen von Umverteilung zu Lasten des Kapitals und von sozialstaatlichen Reformen zugunsten aller Beschäftigten. Dieses Bedingungsgefüge kann man sich in Gestalt eines neu zu schließenden „Gesellschaftsvertrages“ vorstellen, der die Fortsetzung eines ernstgenommenen „Bündnisses für Arbeit“ darstellen könnte.

Inhaltlich kann der Programmentwurf unter drei verschiedenen Gesichtspunkten bewertet werden:

Erstens: Der Entwurf bleibt in vielen Punkten eine genaue Positionsbestimmung gewerkschaftlicher Programmatik schuldig. Am eindeutigsten dürfte er - auf analytischer Ebene - hinsichtlich der Individualisierungs- und der Solidaritätsproblematik sein, — auf programmatischer Ebene - hinsichtlich der Geschlechterfrage und der Ökologieproblematik. Die oben umrissene Zusammenfassung greift Punkte auf, die von perspektivischer Bedeutung sind. Übersehen wird dabei freilich nicht, daß der Entwurf in anderen Punkten recht konventionell bleibt oder die Ansätze nicht konsistent durchspielt.

Zweitens: Auch nach der Lektüre des Entwurfs bleibt natürlich die Frage, welchen praktischen und politischen Sinn ein solches Programm im gegenwärtigen Zeitpunkt hat. Wir haben uns bereits zu einem früheren Zeitpunkt mit dem Beitrag „Diskurs statt Programm“ in die Programmdebatte eingeschaltet.² Die Grundthese war damals, daß nicht so sehr die Abfassung eines programmatischen Rahmens als vielmehr die Einleitung einer praktischen diskursiven Politik auf der Tagesordnung der Gewerk-

² Hattinger Kreis, Diskurs statt Programm, in Heinz-Werner Meyer (Hrsg.), Aufbrüche — Anstöße, Köln 1994.

Schäften stehen sollte. Die Uneindeutigkeiten des Entwurfes, die oft fehlenden Konkretionen, bestärken uns in diesem Eindruck.

Drittens: Wenn man aber die Verabschiedung eines Programmes zum gegenwärtigen Zeitpunkt für sinnvoll hält, dann wird man zu den aufgezeichneten Grundlinien des gegenwärtigen Entwurfes keine wirklichen Alternativen haben. Nicht geholfen wäre damit, einen Programmentwurf wieder mit Systemüberwindungsrhetorik anzureichern (die schon in der Vergangenheit die gewerkschaftliche Praxis eher bemäntelt als tatsächlich angeleitet hat) oder in erster Linie zur Verteidigung traditioneller gewerkschaftlicher Errungenschaften aufzurufen (denn nach allem was wir wissen, wird in der gewerkschaftlichen Zukunft kaum ein Stein auf dem anderen bleiben). So sollte man unseres Erachtens jetzt den Entwurf zügig konkretisieren und verabschieden, dann aber auch den geforderten Diskurs um die Erneuerung der gewerkschaftlichen Praxis führen. Eine grundsätzliche, die Verabschiedung hinauschiebende „Überzeugungs“-Debatte wurde nach unserer Auffassung zu den Selbstblockaden gewerkschaftlicher Politik, die jetzt schon bestehen, nur noch weitere hinzufügen.

Organisatorische Erneuerung als Folgewirkung

Das neue Programm formuliert im letzten Teil Anforderungen an die Organisation, ohne aber auch nur anzudeuten, wie diese umgesetzt werden sollen oder können: Dieser Teil beschäftigt sich mit der Zukunft der Gewerkschaften, aber der DGB selbst wird nicht thematisiert. Die Gewerkschaften sollen attraktiver werden, es soll Vielfalt in der Einheit verwirklicht werden. Man will sich neuen Gruppen öffnen, vor allem in bisher gewerkschaftsfernen Bereichen. Darunter sind Beschäftigte in den Zukunftsbranchen zu verstehen, die als Gewinner des Strukturwandels gelten. Man kann sie nicht einer bestimmten Gewerkschaft zuordnen, im Gegenteil, alle Gewerkschaften buhlen bisher ohne Erfolg um sie. Wichtig ist auch die Forderung, sich für diejenigen zu öffnen, die nicht über den Arbeitsplatz erreichbar sind. Genannt werden ausdrücklich Arbeitslose und Senioren, die in einigen Gewerkschaften schon mehr als ein Drittel der Mitglieder ausmachen. Aber auch die neuen „Selbständigen“ oder besser Scheinselbständigen gehören dazu. Viele in Projekten und Zeitarbeitsverhältnissen Tätige sind schwer zu erreichen, weil sie wie Telearbeiter zu Hause arbeiten. Hier ist eine Wohngebietsarbeit unerlässlich, die schon lange gefordert und wissenschaftlich begründet wird, ohne daß zulängliche Anstrengungen sichtbar wären - im Gegenteil. Die DGB-Ortskartelle schlummern dahin und werden immer weniger unterstützt, sogar dort, wo sie noch erfolgreich sind und mehr tun als den Gewerkschaftskalender abzufeiern oder Presseerklärungen zu veröffentlichen. Die Jugendlichen unter 25 Jahren machen nur noch einen verschwindend kleinen Prozentsatz aus - ihr Organisationsgrad liegt unter 15 Prozent.

Die Vielfalt der Probleme und Interessen der Arbeitnehmer wird in dem Entwurf erwähnt, ihr wird aber praktisch wenig Rechnung getragen. Letztendlich soll die Beteiligung ausgebaut, sollen die Organisationskultur wie auch die Betriebsarbeit nach außen hin geöffnet werden. Denn bei der heutigen fraktalen Fabrik gibt es das Prinzip „ein Betrieb - eine Gewerkschaft“ praktisch nicht mehr. Unsere Industriegewerkschaften sind überfordert, diesen Prozeß der Interessenabstimmung allein zu organisieren. Im Gegenteil, auch hier herrscht Konkurrenz oder meistens überhaupt keine Aktivität. Der DGB vor Ort ist schwach, organisiert den Rechtsschutz, die Interessenvertretung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung — aber er organisiert eben nicht die Dinge, die er lange schon reklamiert, die Regionalpolitik und die Moderation der Interessen von Beschäftigten in einem Betrieb mit mehreren Branchengewerkschaften und Tarifen. Zwar soll auch die Beratung ausgebaut werden, vor allem im Arbeitsrecht, aber hier stößt man auf das Problem der ständigen Überarbei-

tung der Beschäftigten, die sich natürlich gegenüber Beratungsbedürfnissen abschotten. Die Rechtssekretäre werden nach der Zahl der bearbeiteten Fälle beurteilt, unter diesem „Effizienz“gesichtspunkt ist Beratung in der Form des vorbeugenden Rechtsschutzes natürlich kontraproduktiv. Die DGB-Rechtssekretäre streiten sich mit den Einzelgewerkschaften über notwendige Vorleistungen auf dem Gebiet der Beratung (die diese mangels Zeit und Kompetenz gar nicht erbringen können), sie gefährden dadurch ihren bisher noch relativ sicheren Job, weil die Gewerkschaften vor allem den Rechtsschutz als Dienstleistung des DGB verteidigt und gefordert haben.

Der bisherige „Reformprozeß“ lief als Sparprozeß nach der Rasenmähermethode ab. Es wurde nicht nach sinnvollen Reformen geschaut, sondern bis auf den Rechtsschutz überall gleich gespart. Vor allem in den Kreisen hat das zur Demotivierung der Beschäftigten beigetragen. Es gibt sich auch niemand Mühe, an dieser Front, an der Einsicht in neue Anforderungen, zu arbeiten. Außer einem Vorruhestand wurde keine der eigenen Optionen zur Rationalisierung umgesetzt, obwohl es an Vorschlägen nicht mangelte. Die hauptamtlichen Funktionäre fordern zwar alle diese neuen Inhalte, viele praktizieren aber jeweils das Gegenteil, weil sie bei Veränderungen um den Verlust von Macht und Ansehen oder ihrer Rolle in der Organisationshierarchie fürchten. Sie sind auf diese Weise das größte Reformhindernis. Weil der DGB so wenig den eigenen Anforderungen entspricht, reformieren sich die Gewerkschaften selbst zu kleinen neuen Bündeln, entweder durch Fusionen oder Kooperationen. Wobei die Kooperationen das wichtigste Problem, nämlich die Konkurrenz um Beiträge und Mitglieder, nicht lösen können, vor allem nicht das der Branchendifferenzierung und damit der Vielfalt von neuen Interessen. Diese fusionierten Gewerkschaften benehmen sich wie autonome Bünde und konkurrieren um schon organisierte Potentiale, statt sich den neuen Anforderungen zuzuwenden. Offenbar konnte man sich in den Diskussionen zum Programmentwurf über das wichtigste Element einer Organisationsreform, die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Gewerkschaften, auch wegen unterschiedlicher Politikoptionen nicht einigen. Das Wichtigste an der Neuordnung blieb also auf der Strecke. Hoffentlich helfen die Programmanforderungen und der jetzt eingeleitete gewerkschaftspolitische Diskurs zum Programmentwurf, daß dieser Prozeß nicht blockiert bleibt.

Gesellschaftliche Zersetzungsprozesse als Herausforderung

Es fällt auf, daß in den Kritiken des Programmentwurfes zwar die fehlende Gegenmachtstrategie beklagt wird wie auch die unscharfe oder angeblich harmonisierende ökonomische Analyse, nirgendwo aber eine Auseinandersetzung mit der Problematik des schwindenden gesellschaftlichen Konsenses bzw. der sozialen Kohäsion stattfindet. Wenn es in der Stellungnahme der „Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter“ heißt, daß die Autoren die von der Arbeitslosigkeit „und die von ihr ausgehenden gesellschaftlichen Zersetzungsprozesse“ nicht zur Kenntnis nehmen³, dann wird eine zentrale Erkenntnis der Wahrnehmungspsychologie, nämlich die von der selektiven Wahrnehmung, vollauf bestätigt. Denn im Programmentwurf ist beispielsweise zu lesen: „Es mehren sich die Anzeichen, daß sich der gesellschaftliche Zusammenhalt aufzulösen beginnt. Ungerechtigkeiten und Ungleichbehandlung nehmen zu. Der Konsens, der unsere Gesellschaft über Jahrzehnte geprägt hat und der in unserer Sozialstaatlichkeit zum Ausdruck kommt, droht zu zerfallen. Zugleich wird die soziale Existenzgrundlage unserer Gesellschaft zunehmend durch Arbeitslosigkeit und Armut gefährdet. Die Zerstörung der Umwelt schreitet fort. Die Entwicklungsländer verharren in ökonomischer Abhängigkeit, Stagnation und Massenelend“ (S. 4).

³ Initiativgruppe hessischer Gewerkschafter, Keine Antworten auf drängende Zukunftsfragen, in: Frankfurter Rundschau, 2. Mai 1996.

In einem Referat charakterisierte der US-amerikanische Historiker Paul Kennedy kürzlich Faschismus und Bolschewismus als „Reaktionen auf die Unsicherheit in der Vorstellung von Millionen von Menschen, die miteinander konkurrieren mußten, in einem Zeitalter neuer Technologien und neuer Konkurrenz“. Bei allen Unterschieden versprachen Faschismus und Bolschewismus, wenn auch mit unterschiedlichen Mitteln und Programmen, die Auflösung der Verunsicherungen durch die Konkurrenz; in einem gewissen Sinne sogar die Aufhebung der Konkurrenz überhaupt. Was aus ihren Versprechungen tatsächlich geworden ist, wird aus dem Verlauf der Zeitgeschichte deutlich. An einer anderen Stelle betont Paul Kennedy: „Dies sind sehr gefährliche Zeiten. Die wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen, die die dritte industrielle Revolution mit sich bringt, drohen die Stabilität der Gesellschaften - und die Stabilität der Regierungen - in der Welt zu untergraben. Vor Ende der Revolution können wir möglicherweise eine oder mehrere westliche Demokratien aufgrund von extremen politischen Aktivismus scheitern sehen. Wenn wir die Wahl haben zwischen Anarchie und nicht-demokratischen Regierungen, ist es möglich, daß einige Regierungen sich für letzteres entscheiden“.⁴

Daß wir in gefährlichen Zeiten leben, das meint zum einen die zunehmende Bedrohung unserer Lebensbedingungen und -Verhältnisse, seien es die ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse, zum anderen nimmt die Gefahr zu, daß wir uns nicht mehr auf der Grundlage demokratischer Strukturen, die einen bestimmten Konsens benötigen, mit diesen Gefährdungen und möglichen Abwendungen auseinandersetzen können. Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß an vielen Stellen im Programmentwurf auf die Gefährdungen von gesellschaftlicher Integration und demokratischem Konsens verwiesen wird. Daß in den vorliegenden Kritiken am Programmentwurf diese Problematik entweder ignoriert oder - wie im Falle der hessischen Initiative - schlicht geleugnet wird, daß sich der Entwurf gerade mit den stattfindenden gesellschaftlichen Zersetzungsprozessen auseinandersetzt, dies läßt entweder auf Blindheit gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen oder auf spezifische ideologische Borniertheiten schließen. Vielleicht ist ja auch eine Ursache dieser Ignoranz darin zu finden, daß zur Zeit niemand glaubwürdig und begründet behaupten kann, daß ein „Sieg“ über den Kapitalismus diese Probleme lösen könnte. So erscheint es notwendiger - und darin hegt ein wesentlicher Realitätsgehalt des Programmentwurfs -, sich auf den Erhalt des demokratischen Konsenses, auf Anstrengungen gegen die Auflösung der gesellschaftlichen Integration zu konzentrieren als auf Konzepte zu setzen, welche die vermeintliche Lösung der zentralen gesellschaftlichen Unsicherheiten und Verunsicherungen versprechen. Und die Enttäuschungen, die gegenüber dem Programmentwurf formuliert werden, mögen auch eine Reaktionsbildung darauf sein, daß es manchmal schwer fällt, sich auf das Realitätsprinzip einzulassen.

Die zentrale Frage, die im Programmentwurf enthalten ist, haben Autoren formuliert, die nach wie vor an der Notwendigkeit einer begründeten Kapitalismuskritik festhalten. Sie rasonieren nicht so sehr über Systemalternativen, sondern weisen auf die Dringlichkeit der Verständigung über eine freie und menschenwürdige Gesellschaft hin. Und wenn vom Erhalt des demokratischen Konsenses die Rede ist, dann von nichts anderem, als daß wir für Gestaltungen in Betrieb, Gesellschaft, Markt und Politik dringend diesen Konsens über normative Grundlagen einer freien und menschenwürdigen Gesellschaft benötigen.

⁴ Paul Kennedy, Wenn neue Produkte über Nacht um die Welt geschickt werden, in: Frankfurter Rundschau vom 1. Juni 1996.

Wir sind gegenwärtig mit einer erheblichen Verschlechterung der Lebensbedingungen eines großen Teils der Bevölkerung konfrontiert. Daraus erwächst ein Potential für politische Unzufriedenheit, das sich im Moment noch gegen Parteien und Regierung richtet, das aber langfristig in eine Infragestellung der gesamten politischen Ordnung übergehen kann. Inwieweit dann populistische und fundamentalistische Lösungen, die versprechen, alle Unsicherheiten endgültig zu beheben, wieder Oberhand gewinnen können, ist eine offene Frage. Das Fatale daran ist aber, daß wir diese Entwicklungen nicht geduldig abwarten können, sondern gegen diese Entwicklungen rechtzeitig „Gegenmacht“ entwickeln sollten. Wenn Heinz Bierbaum z. B. fordert, daß es „gewerkschaftlicher Gegenmacht und einer Perspektive bedarf, die über das kapitalistische Entwicklungsmodell hinausgeht“⁵, dann ist erst einmal gar nichts gegen das „Hinausgehen über das kapitalistische Entwicklungsmodell“ zu sagen. Aber die Basis, die Grundlage für das „Hinausgehen“ bleibt unerwähnt: für dieses „Hinausgehen“ sind Verständigungsmöglichkeiten eines demokratischen Konsenses die dringende Voraussetzung. Denn sonst sagt die Avantgarde wieder einmal aufs Neue, wo es langgeht und dann „hinausgeht“. Indem der Programmentwurf diese „Basis“ einer innovativen, zukunftsweisenden Gewerkschaftspolitik betont und nicht vorweg die konkreten *Ziele* „von oben“ verordnet, reicht er über manche der Perspektiven sogar hinaus, die seine Kritiker bei ihm vermissen.

5 Heinz Bierbaum, Die Wirtschaft solidarisch gestalten, in: Standpunkt 2 /1996, S. 8.